Morgen-Ausgabe
No. 79 — 59. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Donnerstag, 16. Februar 1911

Lokales

Aus dem Wilmersdorfer Stadtparlament.

Eine Erklärung des früheren Stadtverordnetenvorstehers Dr. Leidig.

Nach Eröffnung der gestrigen Sitzung des Wilmersdorfer Stadtverordnetenkollegiums teilte der Vorsteher Dr. Koch mit, daß der Magistrat den Strafantrag gegen den ehemaligen Vorsteher des Stadtverordnetenkollegiums Dr. Leidig zurückgezogen habe. Anlaß zu dem Strafantrag seitens des Magistrats gab, wie berichtet, eine Aeußerung des damaligen Stadtverordnetenvorstehers Dr. Leidig, die dahin ging, daß die Ausführungen der Magistratskommissare in einer geheimen Sitzung wie „ein Geschnatter von Gänsen" gewesen seien.

In der gestrigen Sitzung erbat sich **Dr. Leidig** das Wort und gab folgende Erklärung ab:

Meine Herren! Ich habe soeben offiziell gehört, daß der Magistrat den Strafantrag gegen mich zurückgezogen hat. Ich möchte konstatieren, daß ich nicht das Geringste dazu getan habe, daß dieser Strafantrag zurückgezogen worden ist. Im Gegenteil! Ich habe Wert darauf gelegt, daß die Angelegenheit vor Gericht zum Austrag kommt, und zwar deshalb, weil ich durch eidliches Zeugnis einwandfreier Zeugen nachweisen wollte, daß ich in der Tat durch das Verhalten des Magistrats berechtigt gewesen bin — wenn auch nicht genau den formell beleidigenden Ausdruck — so doch eine scharfe Verurteilung des Magistrats auszusprechen. Ich bin jetzt verhindert, nachzuweisen, daß Mitglieder des Magistrats sowohl gegen den Stadtverordnetenvorsteher wie auch gegen den Stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher derlei Ausdrücke gebraucht haben, die an beleidigender Kraft meine Worte, wegen deren der Strafantrag gestellt wurde, weit übertreffen. Meine Herren! Sie werden in Zeitungen gelesen haben — ich nehme an, daß die Nachricht aus dem Pressebureau des Magistrats stammt — daß der Magistrat nicht beabsichtigt, den Antrag zurückzuziehen, weil sonst die Oeffentlichkeit zu der Meinung kommen könnte, daß das Verfahren nur eingeleitet worden ist, um einen kommunalpolitisch unliebsamen Gegner zu bekämpfen. Der Strafantrag ist zurückgezogen worden, und ich überlasse es Ihnen, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Als ich damals den Strafantrag des Magistrats Ihnen zur Kenntnis brachte, gab ich eine Erklärung über die Vorgänge ab. Der Oberbürgermeister Habermann hat es damals für gut befunden, die Erklärung abzugeben, daß er gegen meine tatsächlichen Feststellungen viel vorbringen könne, aber nicht, solange der Prozeß schwebe. Oberbürgermeister Habermann hat damals im Namen des Magistrats angedeutet und zum Ausdruck gebracht, daß die von mir gemachten Erklärungen den Tatsachen nicht entsprechen, daß er aber viel gegen mich vorbringen könnte. Sie wissen, daß der Magistrat ungemein sorgsam über seine Ehre wacht. Der Magistrat wird sich bewußt sein, daß er die besondere Verpflichtung hat, die Ehre eines Bürgers der Stadt nicht anzutasten wenn er nicht ganz genau nachweisen kann, daß er zu seinem Vorgehen berechtigt ist. Das Strafverfahren ist beendet, und ich fordere Oberbürgermeister Habermann auf und verlange von ihm, daß er öffentlich nachweist, in welchen Punkten die von mir abgegebene Erklärung den Tatsachen nicht entspricht, und wo ich die Oeffentlichkeit getäuscht habe."

Oberbürgermeister **Habermann** laut rufend: „Das Wort wird nicht verlangt!"

Stadtverordneter **Dr. Leidig** zu der Versammlung gewendet: „Daraus können Sie alles schließen!"

Damit war die Angelegenheit erledigt, und das Kollegium trat in die Tagesordnung ein.

*

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung in Wilmersdorf erstattete Stadtverordneter **Büchtemann** Bericht über die Verhandlungen des Wahlausschusses wegen der Proteste gegen die Wahlen der Stadtverordneten **Lazarus** (Demokrat) und **Riedel** (Sozialdemokrat). Stadtverordneter Lazarus war als Hausbesitzer bei der Wahl am 3. November v. J. mit dem Stadtverordneten Riedel im 9. Wahlbezirk der dritten Abteilung gegen die beiden Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien **Schulze** und **Busch** gewählt worden. Der Bezirksverein Alter Ort erhob Protest gegen die Wahl Lazarus' und erklärte, daß Lazarus gar kein Hausbesitzer sei, weil er lediglich Nießbraucher eines Grundstückes sei und deshalb die nach der Städteordnung erforderliche Eigenschaft eines Hausbesitzers nicht habe. Stadtverordneter Büchtemann erklärte, daß es sich bei diesem Nießbrauch um eine eingetragene Forderung handele, die jederzeit bezahlt werden könne. Deshalb habe der Ausschuß beschlossen, die Wahl für ungültig zu erklären. Die Wahl des Sozialdemokraten Riedel wurde für gültig erklärt, weil die Proteste unerheblich waren. Die Stadtverordnetenversammlung schloß sich der Ansicht des Wahlausschusses an.

Der Erste Staatsanwalt Dr. Steinbrecht widerruft.

Der Erste Staatsanwalt Dr. Steinbrecht-Moabit hatte, wie berichtet, am 10. v. M. in seinem Plaidoyer vor der Strafkammer in Sachen der Moabiter Streikkavalle sich auch über die dortigen Wohnungsverhältnisse geäußert. Diese Aeußerung war Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Presse und in zahlreichen Vereinen. Dr. Steinbrecht hat nun Veranlassung genommen, dem Grundbesitzerverein „Nordwest" folgendes zu schreiben:

„Auf Ihre im Namen des Vereins „Nordwest" mündlich erfolgte Vorstellung habe ich zunächst zu erklären, daß der im „Berliner Tageblatt" und einigen anderen Zeitungen erstattete Bericht über meine Replik vom 10. v. M., soweit die Wohnungsverhältnisse in Moabit in Frage kommen, unrichtig wiedergegeben ist. Wie der in der Anlage beigelegte stenographische Bericht über meine Ausführungen vom 10. v. M. ergibt, habe ich keineswegs ein allgemein absprechendes Urteil über die sittlichen Verhältnisse in Moabit abgeben wollen, habe vielmehr ausdrücklich erklärt, daß meine Beobachtung sich nur auf eine beschränkte Zahl von Einzelfällen erstreckt, auf die ich durch meine dienstliche Tätigkeit hingeführt bin. Nachdem ich von den mir vorgelegten Versicherungen zahlreicher Hausbesitzer in dem Alsenviertel Kenntnis genommen habe, bin ich gern zu der Erklärung bereit, daß, abgesehen von Einzelheiten, die Verhältnisse im allgemeinen in den Häusern des Alsenviertels zu Beanstandungen keinen Anlaß geben. Ich betone nochmals, daß es mir ferngelegen hat, ein allgemein ungünstiges Urteil über die Sittlichkeit in den Häusern Moabits abzugeben, und ich bedaure lebhaft, daß durch die unrichtige Wiedergabe meiner Ausführungen Erregungen in die Kreise der Hausbesitzer getragen worden sind."

Influenzaepidemie in Berlin. Die Influenza trat in diesem Jahre zwar später in Berlin auf als in früheren Jahren, hat sich aber dafür um so rascher verbreitet. Die Erkrankungsfälle haben bereits einen solchen Umfang angenommen, daß man von einer Epidemie sprechen muß. Die genaue Zahl der Erkrankungen festzustellen, ist nicht möglich, da eine polizeiliche Meldepflicht für Influenzaerkrankungen nicht besteht. Immerhin sollen gegenwärtig in Groß-Berlin etwa zwölftausend bis vierzehntausend Personen an Influenza erkrankt sein.

Das Befinden des Kaisers hat sich jetzt soweit gebessert, daß er sein Erscheinen zu einer Balletschlichkeit zusagen konnte, die morgen beim Reichskanzler stattfindet.

Die Beerdigung Emil Moses findet am nächsten Sonntag um 11½ Uhr vormittags vom Trauerhause in der Bendlerstraße aus statt.

Ein Automobilunfall des Prinzen Eitel Friedrich ereignete sich gestern nachmittag um 4 Uhr auf dem Königsplatze in der Nähe des Bismarckdenkmals (Alsenstraße). Prinz Eitel Friedrich kam in Begleitung seines Adjutanten vom Schlosse Bellevue, um nach der Kriegsakademie zu fahren. Infolge des durch den frisch gefallenen Schnee aufgelösten Straßenführungen war das Pflaster derart schlüpfrig geworden, daß das prinzliche Automobil stark ins Schleudern geriet und mit dem linken Hinterrade an die Bordschwelle einer Straßeninsel anfuhr. Der Anprall war so heftig, daß der Kraftwagen sich fast um sich selbst drehte und das Rad total zertrümmert wurde. Dem Chauffeur gelang es noch im letzten Augenblick, den Wagen so energisch zu bremsen, daß die beiden Insassen, abgesehen von dem heftigen Stoß, den sie beim Anprall empfanden, keinerlei Verletzungen erlitten. Der Prinz stieg mit seinem Adjutanten aus und fuhr in einer Autodroschke nach der Kriegsakademie in der Dorotheenstraße. Das prinzliche Automobil wurde später zur Reparatur abgeschleppt.

Ein Möbelschwindel ist vor einiger Zeit in der Jerusalemer Straße verübt worden. Bei der Firma Apfelbaum, Lichtenstein u. Co., die dort noch nicht lange bestand, erschien ein Kaufmann, der sich Julius Kuckels nannte und sich für einen Unternehmer von Gebrüderklamen ausgab. Er kaufte für 7000 Mark orientalische Möbel mit der Begründung, daß er ein großer Kunstfreund sei. Er zahlte 500 Mark an und wollte den Rest des Kaufpreises in mehreren Teilzahlungen decken. Die Möbel wurden nach der Wirlandstraße 23 in Charlottenburg gebracht, wo der Käufer am Tage vorher erst eine Wohnung im ersten Stock für 1200 Mark gemietet hatte, ohne einen Pfennig anzuzahlen. Dem Hauswart hatte der Mieter erzählt, seine Frau werde in den nächsten Tagen nachkommen, und er werde dann die Miete zahlen. Man glaubte dem sehr redegewandten Manne und ließ ihn gewähren. Mit der ersten Teilzahlung, die am nächsten Tage erfolgen sollte, blieb der Möbelläufer aus. Als sich daraufhin der Verkäufer in der Wohnung nach dem Käufer umsah, war dieser schon verschwunden. Von den orientalischen Möbeln hatte er für 1000 Mark verkauft und bereits weggeschafft. Die übrigen holte die Firma zurück. Der Kriminalpolizei in Schöneberg ist es jetzt gelungen, festzustellen, daß der Schwindler ein 45 Jahre alter, zu Westerbauer im Kreise Haagen geborener Kellner und Buchmacher Julius Kuckels ist. Wo er jetzt steckt, weiß man aber noch nicht. Auch die besseite geschafften Möbel sind noch nicht wieder zum Vorschein gekommen. Unterdessen ist über das beschwindelte Geschäft der Konkurs eröffnet worden.

Feuer im Kabelwerk Oberspree. Aus bisher unaufgeklärter Ursache brach gestern nachmittag auf dem Gelände des Kabelwerks Oberspree der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Oberschöneweide ein großer Schuppenbrand aus. Das Feuer drohte einen gefährlichen Charakter anzunehmen und war weithin sichtbar, da sich eine ungewöhnlich starke Rauchentwicklung geltend machte. Dicke Rauchschwaden stiegen zum Himmel empor, so daß man in der Umgegend glaubte, es brenne das ganze Kabelwerk. Aus Oberschöneweide und Johannisthal eilten die freiwilligen Feuerwehren nach der Brandstelle, doch brauchten beide Wehren nicht in Tätigkeit zu treten, da die eigene Fabrikfeuerwehr des Werkes bereits einen wirksamen Löschangriff unternommen hatte. Durch unausgesetztes Wassergeben konnten die Flammen auf den Schuppen beschränkt werden. Der Brandschaden ist nicht sehr beträchtlich.

Ein Scheckfälscher. Mit einem falschen Scheck hat sich ein junger Mann, der aus Düsseldorf verschwunden ist, 10 000 Mark erschwindelt. Es handelt sich um einen 16 Jahre alten Kaufmannslehrling Max Mingels, der auf den gefälschten Scheck 3000 Mark in Gold, vier Eintausend- und dreißig Einhundertmarkscheine erhielt. Begleitet ist er wahrscheinlich von seinem neunzehn Jahre alten Bruder Paul.

Wer ist die Tote? Den Tod im Wasser suchte ein junges Mädchen, das in der gestrigen Nacht kurz nach 1 Uhr an der unteren Schleusenbrücke vom Tiergartenufer in den Landwehrkanal sprang. Die Lebensmüde wurde zwar bald aus dem Wasser wieder herausgeholt, starb aber auf dem Wege nach dem Krankenhause Moabit. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Die Tote ist etwa 16 bis 20 Jahre alt, hat dunkelblondes, volles Haar und ein sehr schönes Gebiß. Sie trug ein Plüschjackett, eine graugestreifte Bluse, einen schwarzen Rock und Gürtel. Ihr linker Fuß ist etwas kürzer und dicker als der rechte. Ein Brief an die Mutter deutet darauf hin, daß die Unbekannte von außerhalb nach Berlin gekommen und hier in einem Krankenhause gewesen ist. Sie schrieb, daß sie nun bald wieder gesund sein werde, hat aber weder den Brief mit ihrem Vor- oder Zunamen unterzeichnet, noch die Adresse geschrieben.

Zu der Messerstecherei in Pankow, über die wir vor einiger Zeit berichteten, teilt uns der Rohrlegerhelfer Karl Matz jetzt folgendes mit: Am Sonntag, 5. Februar kamen der Bierfahrer Otto Kieseler und der Rohrlegerhelfer Karl Matz nach dem Restaurant Tivoli in Pankow. Hier wurde der Rohrlegerhelfer Karl Matz von dem Steinmetz Max Luces mit dem Messer gestochen und erhielt drei Wunden. Mit einem Revolver wurde nicht geschossen. Matz und Kieseler waren nicht an dem Tumult vor dem Restaurant beteiligt.

129,000 Mark für die Berliner Armen. Bei der Hauptfittigungskasse in Berlin sind 116 000 Mark aus dem Vermächtnis der verw. Frau Helene Uhden geborenen Hummel, ferner 12 000 Mark von den Eheleuten Moritz und Bertha Manheimer geborenen Lehweß für die Kaiser-Wilhelm- und Kaiserin-Augusta-Stiftung und 10 000 Mark von zwei Mohltätern zur Beschaffung von Brennmaterialien für Arme eingezahlt worden.

Bei den Wahlen der Kaufleutebesitzer zum Berliner Kaufmannsgericht, die gestern stattfanden, gaben von 12 234 Wählern 3840, das sind 31,5 Prozent (gegen 27,7 Prozent 1908) ihre Stimmen ab. Davon stimmten 3491 (90,9 Prozent) für die Liste I des Zentralwahlkomitees, 142 (3,7 Prozent) für die sozialdemokratische Liste II, 136 (3,5 Prozent) für die Liste III, die sich als Mittelstandsliste bezeichnete, und 71 (1,8 Prozent) für Liste IV, die ebenso wie Liste III von einer Reihe von Einzelversonen aufgestellt war. Entsprechend diesem Resultat entfallen auf Liste I 164, Liste II 7, Liste III 6 und Liste IV 3 Kaufmannsrichter.

Privatbeamtentag. Die Vertreter der Berliner Lokalvereine von zwölf Privatangestelltenverbänden waren am Dienstag zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die Durchführung des für Sonntag, 19. Februar, anberaumten Dritten deutschen Privatbeamtentages zu beraten. Nach längerer Debatte gelangte bei Stimmenthaltung zweier Verbände folgende Entschließung zur Annahme: „Die am 14. Februar 1911 versammelten Vertreter von zwölf Berliner Lokalvereinigungen von Privatangestelltenverbänden protestieren dagegen, daß der vom Hauptausschuß für Sonntag, 19. Februar, einberufene Privatbeamtentag nicht öffentlich sein soll. Sie erachten es im Interesse der Privatangestellten als eine Ehrenpflicht des Hauptausschusses, unverzüglich dafür zu sorgen, daß die Tagung allen Privatangestellten zugänglich ist und für eine parlamentarische Leitung und eine Redefreiheit gesorgt wird, die auch von der Stellung des Hauptausschusses abweichende Meinungen in angemessener Weise zum Ausdruck kommen läßt."

Kleine Notizen. Sein 25jähriges Arbeitsjubiläum feiert heute Herr Hugo Lamle, Schöneberg, Frankenstraße 5, bei der Firma H. Fischer (G. Uhlack), Konfektionsfabrik. — Heute feiern der Damenschneidermeister Herr August Bachmann, Schmidstraße 17a, und seine Ehefrau Bertha geb. Teubel das Fest der silbernen Hochzeit sowie das Fest des 25jährigen Bestehens ihres Ateliers.

In der Deutsch-asiatischen Gesellschaft hält am Freitag, 17. Februar, abends 8 Uhr im großen Saal des Kunsthauses zu Berlin, Bellevuestraße 3, Herr Regierungsbaumeister und Diplomingenieur Siebhan einen Vortrag über das Thema: „In Indien und am Persischen Golf" mit Lichtbildern. Zutritt frei.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet heute abend 8 Uhr folgende Vorträge: Ueber das Thema „Die geschlechtliche Ansteckung und ihre Folgen" sprechen Herr Dr. Liltenthal in der 247./252. Gemeindeschule, Rigaerstraße 81/82, Herr Dr. L. Gasper in der 240./254. Gemeindeschule, Waldenserstraße 25/26, Herr Dr. M. Bab in der 117./178. Gemeindeschule, Oberswaldenstraße 10, Dr. J. Jacobsohn in der 115./237. Gemeindeschule, Stalitzerstraße 55/56. Für Mariendorf und Tempelhof spricht Herr Dr. Muskat über das Thema „Die Bedeutung der Heilgymnastik" im Restaurant G. Löwenhagen, Chausseestraße 27 zu Mariendorf. In Pankow in der 2. Gemeindeschule, Grunowstraße, spricht Herr Dr. H. Freichenfeld über das Thema „Hygiene des Auges".

Im Lessingmuseum (Brüderstraße 13) wird nachmittag 5 Uhr Dr. Alfred Wiedbach über den Schöpfer des Braunschweiger Lessingdenkmals, des Weimarschen Schüler- und Goethedenkmals, Ernst Rietschel, aus Anlaß von dessen 50. Todestage einen Vortrag halten. Gesänge bringt die Konzertsängerin Elisabeth Houben zu Gehör. Der Eintritt ist frei.

Der Marineetat im Reichstage.

128. Sitzung vom 15. Februar.

Am Tische des Bundesrats: v. Tirpitz.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird gegen die Sozialdemokraten und Polen bewilligt. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag der Volkspartei und der Sozialdemokraten auf unverkürzte Wiederherstellung der Heizerzulagen mit 162 gegen 155 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Es verbleibt bei dem Kommissionsbeschluß, wonach die Heizer die Zulage an den Tagen erhalten, an denen sie als Heizer Dienst tun. Es wird eine Resolution der Kommission angenommen, die bei den Reichsbehörden eine genügende einheitliche Arbeitszeit der Beamten und durch andersweite Organisation eine Verbilligung der Kanzleiarbeiten fordert.

Abg. **Hue** (Soz.) beantragt einen Antrag der Sozialdemokratie, wonach Arbeiten und Lieferungen nur an solche Firmen vergeben werden sollen, die in bezug auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und sich verpflichten, auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken. Ferner soll die Marineverwaltung die Arbeitsbedingungen unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse regeln. Der Redner verweist auf

die Zustände bei der Firma Krupp,

die ja in erster Linie von Staatsaufträgen lebe. Die einzige Familie Krupp habe in den letzten drei Jahren einen Gewinn von 46,8 Millionen Mark eingesteckt. Das Reichsmarineamt soll im Interesse des Etats auf die Exportpolitik dieser Firma achten. Die hochgestimmten Reden hier stehen in auffallendem Gegensatz zu der trübsinnigen Stimmung draußen im Volke. Im Königreich Krupp sieht es übel aus. Die Industrie hat die ganze Gegend ausgepreßt wie eine Zitrone. Nur die Großunternehmer haben davon profitiert. Nehmen Sie unseren Antrag an, dann haben die Arbeiter wenigstens einen kleinen Nutzen von den ungeheuren Summen, die für unsere Wehrmacht aufgewendet werden.

Staatssekretär **v. Tirpitz:**

Der Marineverwaltung ist es weder quantitativ noch qualitativ möglich, in alle diese Einzelheiten hineinzusteigen. Wir können doch unmöglich alle Werke und einzelnen Werkstätten ständig kontrollieren. Auch würden wir da auf einen ungeheuren Widerstand der Industrie stoßen. Mein persönlicher Eindruck ist der, daß wohl kaum eine Firma so viel für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und der sozialen Lage ihrer Arbeiter getan hat wie die Firma Krupp. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir unseren Lieferanten so weitgehende Verpflichtungen auferlegen wollten, würden die Preise wesentlich steigen. Man muß nicht nur die Riesengewinne einzelner Firmen betrachten, sondern auch die großen Kapitalsanlagen. Ob es für das Vaterland ein Schaden ist, wenn einzelne Personen so große Vermögen besitzen, lasse ich dahingestellt. Die Firma Krupp insbesondere bezieht ihre großen Einnahmen am allerwenigsten aus den Marinelieferungen. Wir gehen über einzelne Forderungen des Antrages schon hinaus und verlangen nicht bloß Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitsbedingungen, sondern auch eine gewisse Sicherheit für die Erfüllung der Verpflichtungen. Die Wünsche der Arbeiterausschüsse werden berücksichtigt. Zum Abschluß von Tarifverträgen kann ein einzelnes Ressort nicht Stellung nehmen.

Abg. **Giesberts** (Zentr.): Der Antrag der Sozialdemokraten geht uns zu weit. Wesentliche Punkte des Antrages haben ja schon Erfüllung gefunden. (Während der Rede des Abgeordneten Giesberts ereignet einer der amtierenden Reichstagsstenographen einen Ohnmachtsanfall und muß aus dem Saale getragen werden. Die Abgg. Dr. Mugdan und Dr. Struve gewähren ihm ihre ärztliche Hilfe. Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen.)

Ueber die Resolution der Sozialdemokraten wird Donnerstag namentlich abgestimmt werden.

Abg. **Werner** (Rfp.) äußert Wünsche der Intendanturassistenten bezüglich der Uniform und klagt über den Kastengeist in der Marine.

Vizeadmiral **Capelle:** Die Bestimmungen über die Bekleidung sollen revidiert werden. Es ist noch nicht gelungen, einen allseitig befriedigenden Entwurf aufzustellen.

Abg. Dr. **Struve** (Fortschr. Vp.): Ein Kastengeist besteht in der Marine im allgemeinen nicht. Freilich wurde einmal den Zahlmeisteraspiranten und Ingenieuren in Kiel verboten, bessere Plätze im Theater zu nehmen.

Staatssekretär **v. Tirpitz:** Das war kein Kastengeist; es machte sich ein gewisser Rekord geltend, sich an Ausgaben zu überbieten. Ich bitte, doch nicht in die Marine Unzufriedenheit hineinzutragen.

Abg. Dr. **Struve** (Fortschr. Vp.): Das kann mir niemand vorwerfen. Aber Großadmiral v. Tirpitz hat zugegeben, daß die Heizerzulagen gestrichen sind.

Staatssekretär **v. Tirpitz:** Ich soll also wieder der Sündenbock sein. Ich stand doch vor einem Beschlusse des Hauses. Keiner meiner Vorgänger hat für die Zahlmeister und Ingenieure so viel getan wie ich; ich habe es durchgesetzt, daß die Ingenieure im ganzen besser stehen als die Seeoffiziere und daß die Zahlmeister die bestbezahlten mittleren Beamten des Reiches sind.

Abg. Dr. **Struve** (Fortschr. Vp.): Man stellt es der Staatssekretär so dar, als ob wir schuld sind. Wir sind ja solche Liebenswürdigkeiten von ihm gewöhnt. Auch im vorigen Jahre stellte er die Dinge so hin, als ob wir das alte Eisen in Kiel gestohlen hätten.